

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/29966 –**

Zerwürfnis innerhalb und drohendes Auseinanderbrechen der Unabhängigen Historikerkommission des Bundesnachrichtendienstes

Vorbemerkung der Fragesteller

Laut Medienberichten ist die am 15. Februar 2011 vom Bundesnachrichtendienst (BND) berufene Unabhängige Historikerkommission (UHK), die die Geschichte des BND sowie seiner Vorgängerorganisation (Organisation Gehlen) und seines Personal- und Wirkungsprofils der Jahre 1945 bis 1968 und dessen Umgang mit ebenjener Vergangenheit wissenschaftlich aufarbeiten soll, heftig zerstritten (vgl. Spiegel vom 6. Februar 2021). Die UHK, die mit ca. 2,4 Mio. Euro aus den Haushaltsmitteln des BND gefördert wurde (s. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/24297), hat bis dato zwölf z. T. umfangreiche Bücher zu unterschiedlichen Themen publiziert. Zuletzt erschien im Chr. Links Verlag „Partnerdienste: Die Beziehungen des BND zu den westlichen Geheimdiensten 1946–1968“ von Prof. Dr. Wolfgang Krieger, das dessen erstes Werk im Rahmen der UHK darstellt. Nachdem die anderen drei Kommissionsmitglieder und Herausgeber der UHK-Buchreihe Prof. Dr. Jost Dülffer, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke und Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller in einer Vorbemerkung zu Band 12 erklärt hatten, dass sie „sich mit diesem Band nicht voll identifizieren“, wies Prof. Dr. Wolfgang Krieger im „SPIEGEL“ die Kritik an seinem Buch über die Beziehungen des BND zu den westlichen Diensten und den Vorwurf handwerklicher wissenschaftlicher Mängel mit dem Verweis auf „ideologische Differenzen“ zurück. Daraufhin veröffentlichten seine Kritiker auf der Webseite der UHK ein internes Gutachten vom 28. Februar 2020, in dem sie bereits Teile von Kriegers Text als „peinlich“, „dilettantisch“ und „schlichtweg skandalös“ bezeichnet hatten (vgl. SPIEGEL vom 6. Februar 2021). In der Erklärung der drei UHK-Mitglieder heißt es: „Die ehrenrührige Anschuldigung unseres Kommissionskollegen zwingt uns zur Offenlegung dieses Schriftstücks. Es macht deutlich, dass es in dem Disput keineswegs um ‚ideologische Differenzen‘ oder unterschiedliche wissenschaftliche Einschätzungen, sondern um die Beachtung wissenschaftlicher Standards geht, also um eine gründliche Auswertung der hier erstmals zugänglichen Quellen, die Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur sowie die Abdeckung des behaupteten Rahmens in inhaltlicher wie zeitlicher Dimension.“ (http://www.uhk-bnd.de/?page_id=207).

Mindestens eine weitere Publikation ist beim Verlag bzw. beim Autor in Vorbereitung: Professor Dr. W. Krieger et al.: „Die Auslandsaufklärung des BND“, angekündigt für Mai 2021. Der „SPIEGEL“ berichtet weiter, dass sich die Professoren Dülffer, Henke und Müller auch von diesem Buch in Teilen distanzieren wollen. Das Bundeskanzleramt hoffe, dass die Kommission zusammenbleibt, und versuche „im internen Streit der Historikerkommission zu vermitteln“ (ebd.). Die ursprünglich für Juni 2021 geplante Abschlusskonferenz der UHK wurde mittlerweile pandemiebedingt auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

1. Wie bewertet die Bundesregierung den Streit zwischen den Mitgliedern der UHK?

Die Bundesregierung bewertet weder die Forschung der Autoren noch sonstige Diskussionen innerhalb der UHK öffentlich. Ziel des umfangreichen Projekts war die behördenunabhängige Aufarbeitung der Entstehungs- und Frühgeschichte des BND und die Vornahme einer geschichtswissenschaftlichen Bewertung durch mehrere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

2. Wann hat die Bundesregierung von den inhaltlichen Differenzen, der wissenschaftlichen Kritik und den Auseinandersetzungen innerhalb der UHK erfahren, und wann und wie hat sie darauf reagiert?

Die UHK arbeitet unabhängig von der Bundesregierung. Die Bundesregierung ist nicht in UHK-interne Abstimmungs- und Bewertungsvorgänge eingebunden. Dementsprechend wurden auch entsprechende Diskussionen erst mit deren Öffentlichwerden bekannt. Entsprechende Medienberichte hat die Bundesregierung zur Kenntnis genommen.

Auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

3. Hat die Bundesregierung, wie berichtet, versucht, im internen Streit der Historikerkommission zu vermitteln?

Wenn ja, wann, in welcher Form, und mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

Die umfassende Öffnung der Überlieferungen eines aktiv arbeitenden Auslandsnachrichtendienstes für eine tiefgehende und unabhängige Forschung ist national und international ohne Vorbild. Die zahlreichen Publikationen der UHK bieten einen umfangreichen Einblick in die Entwicklung der Organisation Gehlen und der Frühgeschichte des BND. Das Bundeskanzleramt hat die Medienberichte zum Anlass genommen, gegenüber der UHK die Bedeutung des Projekts zu betonen.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

4. Teilt die Bundesregierung ganz oder in Teilen die fundamentale Kritik der Professoren Dülffer, Henke und Müller an dem Werk „Partnerdienste: Die Beziehungen des BND zu den westlichen Geheimdiensten 1946–1968“ von Professor Krieger (bitte begründen)?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

5. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die von den Professoren Dülffer, Henke und Müller in ihrem Gutachten benannten Desiderate im Werk von Professor Krieger im Rahmen der UHK bearbeitet werden?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

6. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass ausgerechnet Professor Krieger innerhalb der UHK für die historische Aufarbeitung der globalen Auslandsaufklärung, dem Kerngeschäft des BND, zuständig ist, und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus der einhelligen Kritik seiner Kommissionsmitglieder und dem Vorwurf schwerer handwerklicher wissenschaftlicher Fehler?

Die Identifikation und Auswahl der konkreten Forschungsschwerpunkte im Rahmen dieses Projekts, deren Verteilung sowie die Ausgestaltung der wissenschaftlichen Arbeit erfolgte ausschließlich durch die UHK selbst. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

7. Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen innerhalb der UHK weitere Forschungsprojekte zur Geschichte des BND, z. B. mit einem Forschungszeitraum von 1968 bis 1990, und wenn ja, soll damit die UHK in ihrer jetzigen personellen Zusammensetzung betraut werden?

Die UHK wurde zur Erforschung der Entstehungs- und Frühgeschichte des Bundesnachrichtendienstes (1945 bis 1968) berufen. Das Projekt reiht sich damit thematisch in die Linie der Forschungsprojekte anderer deutscher Ministerien und Behörden zur Aufarbeitung der (personellen) Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus ein.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 9. Februar 2021 zu Frage 10 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/27143 verwiesen.

8. Trifft es zu, dass in den geplanten weiteren Veröffentlichungen der Kommission zur Auslandsaufklärung des BND nur Fallbeispiele zur Sowjetunion und zu einigen Staaten in Südosteuropa, Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika vorgestellt werden, etliche andere Staaten und frühere Diktaturen z. B. in Südost-Asien und Lateinamerika unberücksichtigt bleiben, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diesen Umstand, und wird sie darauf drängen, dass in Folgeprojekten diese Leerstellen erforscht und die Forschungsergebnisse veröffentlicht werden?

Wenn nein, wann ist mit einer Veröffentlichung zur Auslandsaufklärung des BND in Indonesien, Südafrika, Chile, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Argentinien zu rechnen (bitte entsprechend aufführen)?

Band 13 der UHK-Reihe „Wolfgang Krieger (Hg.), Die Auslandsaufklärung des BND -Operationen, Analysen, Netzwerke in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger M. Meding“ ist im Mai 2021 im Ch.Links-Verlag erschienen.

Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 6 verwiesen.

9. Steht nach Kenntnis der Bundesregierung für die ursprünglich für Juni 2021 geplante Abschlusskonferenz der UHK bereits ein neuer Termin fest, und wenn ja, um welchen handelt es sich, und werden alle Kommissionsmitglieder die Konferenz gemeinsam bestreiten?

Eine Abschlussveranstaltung in Präsenz konnte bisher pandemiebedingt nicht stattfinden. Die Planung, Organisation und Durchführung einer Abschlusskonferenz obliegt der UHK. Der Bundesregierung ist kein konkreter Termin dazu bekannt.